

Eingangsstatement von Ingo Laubenthal (ParentsForFuture Karlsruhe) zur Podiumsdiskussion „Klimaschutz vor Ort“ i.R. der Atomtage 2019

Das Thema dieser Diskussion ist ja der lokale Klimaschutz in Karlsruhe. Aber es heißt ja nicht umsonst: global denken – lokal handeln. Um einzuordnen, welche Bedeutung unser lokales Handeln hat, beginne ich mit der globalen Perspektive.

Im März kam das New Climate Institute (Köln/Berlin) in einer Untersuchung zu dem klaren Schluss, dass die derzeitigen Klimaschutzziele und –maßnahmen der Bundesregierung nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5° zu begrenzen. Die geplanten Maßnahmen verfehlen zum einen die selbst gesetzten Ziele. Und zum anderen setzen sie sogenannte negative Emissionen voraus, also das Entfernen großer Mengen von CO₂ aus der Atmosphäre – etwas, wovon niemand sagen kann, ob es im dann nötigen Maßstab je funktionieren wird.

Das Institut rechnet vor, wie der Reduktionspfad aussehen müsste, wenn man

1. darauf verzichten würde, negative Emissionen in großem Maße einzurechnen
2. eine gerechte Verteilung der Reduktionsziele unter den Ländern der Welt vornehmen würde. „Gerecht“ heißt in diesem Fall: Wir erkennen die Tatsache an, dass wir in Deutschland den uns zustehenden Anteil an Treibhausgasemissionen in der Vergangenheit bereits ausgeschöpft haben. Und dass wir deshalb schneller reduzieren müssen als ärmere Länder, die pro Kopf erheblich weniger THG ausstoßen und die einen erheblichen technologischen Aufholbedarf haben.

Und zwar müssen wir nicht nur schneller als diese Länder unsere Emissionen reduzieren und klimaneutral werden; es ist auch unsere Pflicht - angesichts von zwanzig Millionen Klimaflüchtlingen, die ihre Heimat wegen unserer Emissionen verlassen müssen - den Menschen im globalen Süden ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren Energiebedarf umweltfreundlich decken können. Und wir wären ja selbst Nutznießer davon!

Was tun wir aber stattdessen? Wir bestehlen diese Länder nach wie vor. Z.B. lassen wir es zu, dass allein den afrikanischen Ländern jährlich 175 Milliarden € verloren gehen durch Steuervermeidungstricks der Konzerne (Quelle: Internationaler Währungsfonds).

Diese Thematik und diese ganze Dimension der weltweiten Klimagerechtigkeit: das fehlt mir völlig in der Diskussion, die wir derzeit in Deutschland führen. Die einzigen, von denen ich dazu etwas höre, sind die Demonstranten mit ihrem Ruf: „What do we want? Climate justice! When do we want it: now!“

Aber zurück zum Reduktionspfad für unsere CO₂-Emissionen: Wenn wir diese drei zentralen Punkte berücksichtigen:

1. keine Berücksichtigung negativer Emissionen
2. Klimagerechtigkeit und
3. Einhaltung des 1,5 ° Ziels

..., dann ergibt sich daraus notwendig, dass Deutschland bereits um 2030 herum klimaneutral sein muss.

Und damit komme ich zur Rolle der Städte: auf sie kommt es nach Aussage der Fachleute ganz besonders an. Christiana Figueres, stellvertretende Vorsitzende des globalen Städteverbands „Global Covenant for Climate and Energy“, sagt:

„Die Städte spielen bei der Umsetzung der global formulierten Ziele eine herausragende Rolle. Sie beherbergen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung und verbrauchen mehr als 2/3 der weltweiten Energie – Aber sie sind auch die Orte, wo grüne Initiativen Realität werden. Sie leisten den Brückenschlag zu den politisch Verantwortlichen auf der globalen Ebene, indem sie aufzeigen, was konkret möglich ist. So helfen sie den Staaten, ihre Klimaschutzziele ambitionierter zu gestalten.“

Wir haben von einigen deutschen Städten gehört, die diese Rolle annehmen.

Düsseldorf hat immerhin beschlossen, 2035 klimaneutral zu sein. Tübingen will das bis 2030 schaffen. München will bis 2025 seinen gesamten Strom aus erneuerbaren Quellen herstellen.

Was ist mit Karlsruhe? Forschungsstandort! Exzellenz-Universität!

Auch Karlsruhe könnte zu einer echten Pionierstadt des Klimaschutzes werden. Aber bisher fehlt uns anscheinend der Mut dazu. Ich bin aber ganz sicher, dass diese Stadt mehr kann.

Dabei kann ich Ihre Linie, Frau Lisbach, trotzdem ein gutes Stück mitgehen. Bei zwei Gelegenheiten habe ich Sie jetzt dazu gehört und – mit meinen eigenen Worten ausgedrückt - verstehe ich Ihre Auffassung ungefähr so: „Lasst uns jetzt nicht lange darüber streiten, ob wir zehn oder zwanzig Jahre früher klimaneutral werden können. Lasst uns stattdessen mit den notwendigen Maßnahmen beginnen! Sofort! Und wenn wir dann auf dem Weg sind – dann können, dann müssen wir sehen, dass wir immer noch mehr erreichen und die Klimaziele höherstecken.“ Das könnten wir im Prinzip mittragen, denke ich; aber ich sehe an einer Stelle die Gefahr, dass wir die Karlsruher dabei einlullen, wo wir sie doch im Gegenteil aufrütteln müssten. Nämlich dann, wenn wir uns die unzureichenden Ziele im Klimaschutzkonzept sichtbar auf die Fahnen schreiben. **Wenn wir uns auf ein unzureichendes Ziel ganz offiziell ausrichten, dann werden wir – das ist meine Befürchtung – auch nur das unzureichende Ziel erreichen. Im Klartext: wenn der Gemeinderat im Frühjahr ein Konzept verabschiedet mit der Zielmarke „klimaneutrales Karlsruhe 2050“ – wie wollen wir dann noch in die Köpfe bringen, dass das nicht reicht?** Das ist meine Kritik an dem, was bisher über das neue Klimaschutzkonzept nach außen gedrungen ist: Dass wir nicht klar genug sagen, wo wir wirklich stehen – und wo wir unbedingt hin müssen. Die Verlogenheit und Kaltschnäuzigkeit der Berliner Koalition, die mit keinem einzigen Wort darauf eingeht, dass ihre Klimaziele weit unter dem Pariser Abkommen liegen – das kann und darf natürlich nicht der Maßstab für Karlsruhe sein – darüber sind wir uns hoffentlich einig. Gerade in Karlsruhe, wo wir nach Professor Eberhard Parlow damit rechnen müssen, dass wir in 10 Jahren eine – gegenüber heute - **um 5° höhere Durchschnittstemperatur** haben werden (Rheinpfalz vom 24.05.19).

Zur Wahrheit gehört meiner Ansicht nach auch, deutlich auszusprechen, dass wir als gesamte Gesellschaft vor einer Herkulesaufgabe stehen, die wir voraussichtlich nicht ohne erhebliche Einschnitte bewältigen werden. Der Klimawissenschaftler Professor Volker Quaschnig beschreibt das mit einem guten Bild, wie ich finde: unsere Aufgabe vergleicht er mit dem 1962 gefassten Entschluss von Präsident Kennedy, innerhalb von 10 Jahren Menschen auf den Mond zu bringen. Einmal ganz abgesehen davon, ob das eine gute Idee war: Enorme Mittel waren dafür nötig, die zum Teil gegen erhebliche Widerstände zur Verfügung gestellt werden mussten. Im Vergleich dazu haben wir es mit der Energiewende sogar etwas leichter, da alle technischen Lösungen, die wir benötigen, bereits verfügbar sind.

Ja, es stimmt: eine echte Energiewende in kurzer Zeit wird viel Geld kosten und das, was wir gewöhnlich Wohlstand nennen, muss dafür vielleicht ein Stück weit abgeschmolzen werden. Aber ist es nicht besser, ein bisschen vom übertriebenen Wohlstand abschmelzen, als unsere letzten Gletscher abzuschmelzen?